

Integration durch Ausbildung und Arbeit

Der bayerische Weg zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit

**Initiative der Bayerischen Staatsregierung
mit den Spitzenorganisationen der bayerischen Wirtschaft
und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit
zur Integration von anerkannten Asylbewerbern sowie
Asylbewerbern und Geduldeten mit guter Bleibeperspektive
(Flüchtlinge)**

I. Gemeinsame Grundüberzeugungen

Die Bewältigung des enormen Flüchtlingszugangs ist die größte Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit der Wiedervereinigung.

Die Partner bekennen sich zu einem weltoffenen Bayern und zu humanitärer Hilfe. Landkreise, Städte, Gemeinden und ehrenamtliche Helfer haben Vorbildliches geleistet, um die Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen. Dies findet weltweit hohen Respekt und Anerkennung.

Eine Integration in den Arbeitsmarkt kann nur dann gelingen, wenn der Zuzug in der gegenwärtigen Größenordnung rasch und wirkungsvoll begrenzt wird. Ein dauerhafter Zuzug in der aktuellen Höhe überfordert die Integrationskraft unseres Landes. Asylverfahren müssen beschleunigt und geltendes Asylrecht konsequent angewendet werden. Die Liste sicherer Herkunftsstaaten muss erweitert und Fluchtursachen vor Ort in den Herkunftsstaaten bekämpft werden. Einem Einwanderungsgesetz wird derzeit eine Absage erteilt.

Die organisatorische Bewältigung des Flüchtlingszugangs hinsichtlich Unterbringung und Versorgung wird nahtlos in die Herausforderung übergehen, Flüchtlinge in Bayern zu integrieren. Der rasche Zugang zu Arbeit und Ausbildung eröffnet Lebenschancen und ist damit der Schlüssel für eine gelungene Integration.

Wer nach Bayern kommt, muss sich zu unserem Wertefundament aus Rechtstaatlichkeit, Toleranz und Gleichberechtigung bekennen und er muss bereit sein, für sich und seinen Integrationsweg auch selbst Verantwortung zu übernehmen.

II. Unsere Ziele

1. Bayern wird auch in Zukunft das Land der gelungenen Integration sein. Staatsregierung, Wirtschaft und Regionaldirektion bekennen sich zu ihrer Verantwortung für eine gelungene Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration für ausbildungs- und arbeitswillige und -fähige Flüchtlinge.
2. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit von vier Jahren. Flüchtlinge aus anderen Kulturkreisen und Sprachräumen in den Arbeitsmarkt zu integrieren stellt die Partner der Vereinbarung vor eine in dieser Dimension bisher nicht gekannte Aufgabe. Wirtschaft und Staatsregierung streben in einem ersten Schritt an, bis Ende 2016 20.000 Flüchtlingen einen Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten. Die Partner werden ihre Ziele jährlich vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der vorhandenen Fähigkeiten der Flüchtlinge fortschreiben. Sie verfolgen dabei bis Ende 2019 das Gesamtziel von 60.000 erfolgreichen Arbeitsmarktintegrationen.
3. Die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit legt ein spezielles Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm für Menschen mit Fluchtgeschichte (Asylbewerber mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit) auf und unterstützt dabei ihre Partner.
4. Die Staatsregierung führt eigene Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Integrationsmaßnahmen durch und flankiert dadurch auch die Aktivitäten der Wirtschaft und

Regionaldirektion durch Maßnahmen zur Sprachförderung, Berufsvorbereitung, Qualifizierung.

5. Die Partner der Vereinbarung stehen zu ihrer gemeinsamen Verantwortung, einheimische Arbeitsuchende und insbesondere einheimische Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Angebot an Flüchtlinge darf nicht weiter gehen als das Angebot an die einheimische Bevölkerung.

III. Grundsätze – Arbeitsmarktintegration als große Herausforderung

Integration in den Arbeitsmarkt kann es nur für anerkannte Asylbewerber sowie für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive geben. Arbeitsmarktintegration ist nicht nur zentraler Baustein der sozialen Integration, sondern bedeutet auch Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen und ist eine wichtige Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

Die Integration von Flüchtlingen in Arbeit ist eine große Herausforderung, die altersspezifisch angegangen werden muss. Kurzfristig ist der Eintritt in Arbeit und Ausbildung aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse und fehlender adäquater beruflicher Qualifikationen nur für einen sehr geringen Teil der Flüchtlinge möglich.

Ausbildungsfähige Jugendliche können mittelfristig in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden. Sie könnten damit mittel- und langfristig einen erheblichen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Der Weg über eine qualifizierte Ausbildung muss Vorrang haben. Dafür ist es Grundvoraussetzung, dass das Schulsystem seine Kapazitäten noch stärker ausweitet und damit die Belange dieser Jugendlichen noch stärker berücksichtigt. Zudem bedarf es für schulpflichtige Jugendliche von 16 bis 21 Jahren auch begleitender, schulersatzender Systeme. Sowohl die ausbildungsfähigen Jugendlichen als auch die Betriebe, die diesen Jugendlichen die Integration in den Ausbildungsmarkt ermöglichen, sind dabei bedarfsgerecht zu unterstützen.

Darüber hinaus ist vor allem für die Gruppe der 22- bis 25-jährigen jungen Erwachsenen, die nicht mehr der Berufsschulpflicht unterliegen, über die Einführung

eines „Brückenjahres“ ein neues System der Begleitung und Vorbereitung auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu schaffen.

Bei über 25-jährigen Erwachsenen stellt die Integration in den Arbeitsmarkt eine besondere Herausforderung dar. Sie müssen auf ihrem Weg in die Integration intensiv begleitet werden. Die vorhandenen Qualifizierungen sind möglichst rasch festzustellen, anzuerkennen und nutzbar zu machen. Die Kammerorganisationen streben daneben an, hierzu ein arbeitsmarktverwertbares Zertifikat zu entwickeln und die Industrie- und Handelskammern nutzen das Instrument der IHK-Teilqualifikation. bayme vbm vbw bieten bereits heute bundesweit ein anerkanntes Zertifikat mit modularem Aufbau an. Diese Wege sind zur schrittweisen Heranführung von Flüchtlingen an einen Ausbildungsabschluss geeignet.

IV. Bayern handelt

Die Integration in Ausbildung und Arbeit gelingt nirgendwo in Deutschland so gut wie in Bayern: Fast 570.000 Ausländer gehen im Freistaat einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Das bedeutet, mehr als jeder zehnte Beschäftigte in Bayern ist Ausländer (11,2 %). Alleine von den 108.000 zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, die in Bayern im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr entstanden, wurden knapp 52.000 mit Ausländern vor allem aus EU-Beitrittsstaaten besetzt. Dies belegt, dass die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft und damit des bayerischen Arbeitsmarkts für Ausländer sehr hoch ist. An diese Tradition müssen wir jetzt bei der Integration von Flüchtlingen aus fremden Kulturkreisen mit fehlenden Deutschkenntnissen und anderen Lebens- und Arbeitsgewohnheiten anknüpfen.

Für uns gilt: Wir wollen auch in Zukunft, dass Integration gelingt. Staatsregierung, Organisationen der Wirtschaft und viele Unternehmen sowie die Arbeitsverwaltung arbeiten bereits heute intensiv und erfolgreich an der Integration der Flüchtlinge zusammen und werden diesen Weg mit einem umfassenden, zusätzlichen Maßnahmenpaket gemeinsam weiter gehen. Mit Förderangeboten von Sprachkursen, der Kompetenzfeststellung, Qualifizierungsmaßnahmen, Ausbildungsbegleitung und Maßnahmen zur Stabilisierung von Arbeitsverhältnissen

sollen Flüchtlinge passgenau unterstützt werden – je nach Alter und Qualifizierungsbedarf.

Jugendliche Flüchtlinge und junge Erwachsene bis 21 Jahre können größtenteils im Rahmen des Ausbaus bereits bestehender Strukturen auf eine Arbeitsmarktintegration vorbereitet werden. Aber diese Strukturen greifen nicht bei allen schulpflichtigen jugendlichen Flüchtlingen. Daneben müssen auch für junge Erwachsene im Alter zwischen 22 und 25 Jahren sowie für Erwachsene Unterstützungsstrukturen neu entwickelt werden.

Die Organisationen der Wirtschaft, die Staatsregierung und die Regionaldirektion starten passgenaue Bildungs- und Qualifikationsprojekte. Ziel ist eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration mit einer Maßnahmenkette von der Sprachförderung bis zur Integration in Arbeit. Dazu gehören:

1. Sprachförderung.
2. Kompetenzfeststellung, Zertifizierung und Anerkennung von Qualifikationen.
3. Berufsorientierung.
4. Integration durch Ausbildung für Azubis bis 21 Jahre.
5. Integration durch Ausbildung und Arbeit – Zielgruppe Erwachsene über 21 Jahre.
6. Integration durch Ausbildung und Arbeit – Zielgruppe Unternehmen.

Staatsregierung und Regionaldirektion werden Projekte der Wirtschaft finanziell unterstützen.

Neben den oben genannten Kooperationsfeldern, an denen sich die Regionaldirektion Bayern beteiligt, wird die Regionaldirektion Bayern folgende Arbeitsmarkt-Aktivitäten auf den Weg bringen:

1. Modulare Integrations- und Förderketten für Jugendliche und junge Erwachsene
 - a. Berufsberatung in allen Berufsintegrationsklassen
 - b. Programm „Fast Track“ (u.a. „Brückenjahr 21 PLUS“)
 - c. Programm „Slow Track“ (u.a. spezielle Assistierte Ausbildung)

2. Modulare Integrations- und Förderketten für Erwachsene
 - a. Nothilfe-Programm Deutschkurse
 - b. Programm Training und Aktivierung
 - c. Weiterbildung in Betrieben

V. Forderungen an den Bund

Auf Bundesebene sind bereits wichtige Änderungen auf den Weg gebracht worden. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für deren Umsetzung ist, dass die Änderungen mit einer Anpassung der jeweils notwendigen finanziellen und personellen Ausstattung verbunden sind.

Die vom Bund bereits zugesagte Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive ist zeitnah umzusetzen.

Oberste Priorität muss die Sprachförderung haben. Zuständig für diese Pflichtaufgabe ist der Bund. Der Bund wird aufgefordert, seine finanzielle Verantwortung für eine rasche sprachliche Qualifizierung von Flüchtlingen wahrzunehmen.

Die Jobcenter haben eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung in Ausbildung und Arbeit und müssen vom Bund eine bedarfsgerechte personelle und finanzielle Ausstattung bekommen. Da die außergewöhnliche Herausforderung der arbeitsmarktlichen Integration an den Orten bewältigt werden muss, in die die Flüchtlinge verteilt werden, muss auch das zusätzlich erforderliche Geld dorthin fließen, wo die Arbeit anfällt. Die Verteilung der zusätzlichen finanziellen Mittel für die Jobcenter (gE und zKT) muss sich daher am Königsteiner Schlüssel und an der Verteilung der Flüchtlinge in den Ländern ausrichten.

Darüber hinaus wird noch folgender Prüfbedarf gesehen:

- Eine Zulassung frühzeitiger ausbildungsunterstützender Leistungen nach drei Monaten an Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive.

- Auch wenn für Jugendliche die Ausbildung Vorrang hat, kann die Zeitarbeit gerade für Erwachsene bei Unsicherheit über die vorliegenden Qualifikationen für diese Gruppe eine Chance darstellen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und vorhandene Kompetenzen in der Praxis zu zeigen. Die Partner begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, Flüchtlingen auch über Zeitarbeit einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Allerdings erachtet die Wirtschaft eine Wartezeit von 15 Monaten für Unqualifizierte als zu lang.

VI. Evaluierung

Es besteht Einigkeit, die beschlossenen Maßnahmen halbjährlich auf Basis dann verfügbarer Arbeitsmarktdaten auf ihre Wirksamkeit für eine Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit zu überprüfen.



Horst Seehofer
Bayerischer Ministerpräsident

Alfred Gaffal
Präsident der vbw – Vereinigung
der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Georg Schlagbauer
Präsident des
Bayerischen Handwerkstags e. V.

Dr. Eberhard Sasse
Präsident des Bayerischen Industrie-
und Handelskammertags e. V.

Dr. Markus Schmitz
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Regionaldirektion Bayern der
Bundesagentur für Arbeit